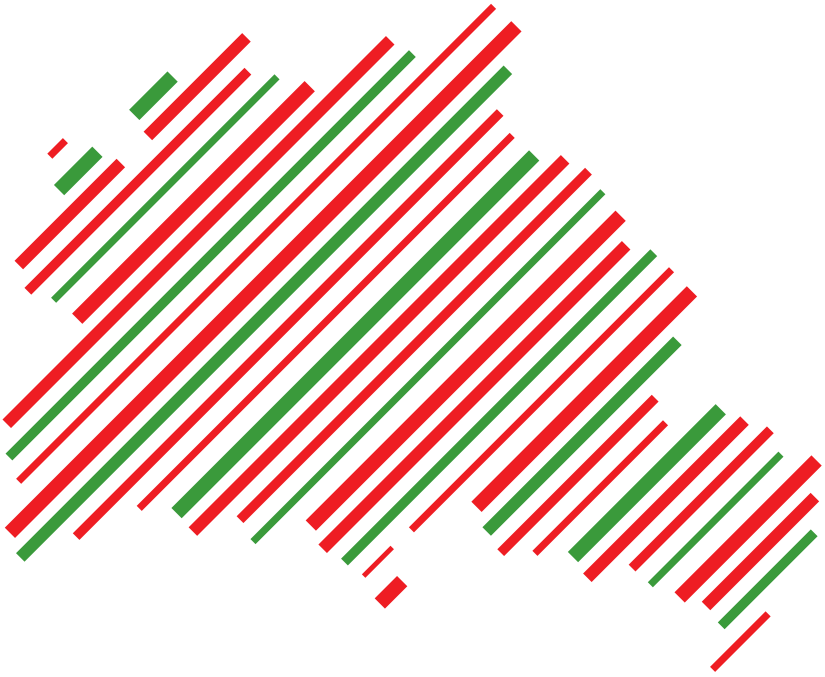

Zukunftshauptstadt Berlin.

Sozial. Ökologisch. Vielfältig. Wirtschaftsstark.

Entwurf zur Beschlussfassung
des Koalitionsvertrages 2021–2026

SPD BERLIN

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN LANDESVERBAND BERLIN

DIE LINKE. LANDESVERBAND BERLIN

Entwurf zur Beschlussfassung des

Koalitionsvertrages

zwischen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Landesverband Berlin

und

Bündnis 90/Die Grünen
Landesverband Berlin

und

DIE LINKE.
Landesverband Berlin

über die Bildung einer Landesregierung
für die Legislaturperiode 2021–2026

Inhaltsverzeichnis

1. Präambel 1
2. Stadtentwicklung, Bauen, Mieten 8
3. Arbeit 26
4. Soziales und Inklusion 32
5. Gesundheit und Pflege 36
6. Klima und Energie 44
7. Umwelt und Tierschutz 49
8. Verbraucherschutz 54
9. Mobilität 55
10. Partizipation und Migration 68
11. Offene Gesellschaft 75
12. Öffentliche Sicherheit 81
13. Justiz 88
14. Sport 92
15. Kultur und Medien 96
16. Bildung, Jugend und Familie 103
17. Wissenschaft, Forschung und Hochschulen 113
18. Wirtschaft 119
19. Verwaltung 125
20. Haushalt und Finanzen 135
21. Berlin im Bund und Europa 141
22. Grundsätze der Regierungszusammenarbeit 146

16. Bildung, Jugend und Familie

Die Koalition wird der **Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen** und der **Überwindung sozialer Benachteiligung** und ihrer Folgen, auch als Konsequenz der Corona-Pandemie, Priorität einräumen. Das schließt die stärkere Berücksichtigung von Kinder-, Jugend- und Familieninteressen in allen Ressorts ein.
Die Koalition wird die **Berliner Strategie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut** konsequent weiterverfolgen und ressortübergreifend verwirklichen. Die von der Koalition 2016 initiierte Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut wird ihre Arbeit unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortsetzen, ausgestattet mit operativen Ressourcen.

Die Grundlagen für die Bildungs- und Teilhabechancen unserer Kinder werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Von Anfang an in der Familie, später unterstützt durch die Kita. Ziel der Koalition ist es, den **Rechtsanspruch aller Kinder auf einen frühzeitigen Besuch in Kita oder Kindertagespflege** zu gewährleisten und alle Familien dabei zu unterstützen. **Die** Koalition setzt Elternarbeit fort und prüft die Einführung von Kita-Sozialarbeit durch pädagogische Fachkräfte. Die Koalition prüft die Einführung eines Budgets für Einrichtungen in schwieriger Lage und die Möglichkeit zur Mehrfachnutzung sozialer Infrastruktur, um die Integration von Familienzentren zu ermöglichen.
Die Koalition setzt das **Kitaausbauprogramm** bedarfsgerecht mit einem Schwerpunkt auf den kommunalen Landesanteil fort. Die bereits verabredeten Mittel für Kitaausbau und -sanierung soll im Haushaltsplan festgeschrieben werden.
Die Koalition setzt auf einen **Dreiklang von Kita-Ausbau, Qualitätsverbesserung und Sicherung der Gebührenfreiheit**. Das Bildungsprogramm wird weiterentwickelt und ein stufenweiser Einstieg in die Digitalisierung begonnen. Medienpädagogische Angebote in Ausbildung, Qualifizierung und im pädagogischen Alltag werden flächendeckend eingeführt. Die **Verbesserung der Sprachförderung** etwa durch den Ausbau der Sprachkitas durch Bund und Land, hat für die Koalition hohe Priorität. Eine Evaluation und Fortentwicklung der Zuschlagstatbestände zu einer stärkeren Fokussierung auf sozial benachteiligte Kinder wird mit der Erarbeitung eines neuen Sozialindikators und einer individuellen Sprachförderung angestrebt.
Die Koalition baut **Angebote flexibler Betreuung** und der **ergänzenden Kindertagespflege** aus. Die Möglichkeiten des Quereinstiegs und der berufsbegleitenden Ausbildung wird die Koalition mit einem Qualifizierungsangebot begleiten. Das **Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB)** wird durch die Koalition gestärkt**.** Die Koalition setzt sich im Bund dafür ein, die Finanzierung von Maßnahmen aus dem Gute-Kita-Gesetz und dem Aufholprogramm des Bundes fortzusetzen.

Die Koalition wird die Rechte junger Menschen stärken. Wir werden die Initiative für eine **Senkung des Wahlalters auf 16** ergreifen.
Die Koalition wird eine **Jugendstrategie** entwickeln. Die Umsetzung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes und die Erarbeitung der **Jugendförderpläne** werden begleitet. Die Koalition achtet auf die Umsetzung der Standards Umfang und Qualität. Dies gilt auch für das **Familienfördergesetz**.
Die Koalition startet eine **Offensive für politische Bildung**, insbesondere durch die Stärkung des Jugenddemokratiefonds, die weitere Förderung der Jugendverbandsarbeit, den Ausbau der selbstorganisierten Jugendarbeit, die Umsetzung der Engagementstrategie und durch ein Konzept zur Stärkung der Jugendbildungsstätten. Ebenso wird ein Konzept zur **Stärkung der Jugendfreiwilligendienste** erarbeitet. Es wird angestrebt, mehr Plätze und ein einheitliches Taschengeld für alle Freiwilligendienstleistenden zu ermöglichen.
Die Koalition sichert bestehende und schafft **neue Angebote für queere Jugendliche** in unversorgten Stadtquartieren. Die Koalition wird die notwendigen Kapazitäten zur Versorgung, zum Schutz und zur Integration von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen sicherstellen.
Die Koalition erarbeitet eine **Digitalisierungsstrategie**, die alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe einschließt. Berücksichtigt werden die Fachverfahren und die Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte sowie die Umsetzung des Jugendmedienschutzgesetzes.

Die Koalition stärkt die **Kinder- und Jugendsozialarbeit.** Die Angebote der Jugendberufshilfe bleiben gesichert. Für aufsuchende Angebote und Coaching stehen in den nächsten Jahren Mittel in bisheriger Höhe zur Verfügung.

Die Koalition baut die Familienförderung weiter aus. Die **Familienzentren**, die Familienerholung, die Angebote für queere Familien, die Stadtteilmütter sowie die aufsuchenden und medialen Angebote wollen wir stärken. Das Familienportal soll weiterentwickelt werden.
Die **Familienservicebüros** werden in den Bezirken für alle die Familie betreffenden Leistungen eingerichtet und ausgebaut. Die Koalition baut Angebote zur Unterstützung von alleinerziehenden Eltern ressortübergreifend aus. Die Corona-Pandemie zeigt, dass die psychosoziale Versorgung in Berlin verbessert werden muss. Die Angebote des Care- und Casemanagements werden gestärkt.
Die **Berliner Jugendämter** unterstützen und begleiten Kinder, Jugendliche und deren Familien. Sie sind Garanten des Kinderschutzes. Wir streben eine Stärkung der personellen Besetzung an. Dazu werden mit den Beteiligten Standards für die Rahmenbedingungen der Arbeit entwickelt.

Das Netzwerk Kinderschutz wird weiterentwickelt. Der **Kinderschutz** insbesondere an Schulen und ASOG-Einrichtungen wird gewährleistet. Im Kinderschutz, bei den frühen Hilfen und im Kitabereich ist ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst unabdingbar. Die Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe wird weiterentwickelt. Die Koalition wird die **Pflegekinderhilfe stärken**, weiterentwickeln und die **Bedingungen für Pflegefamilien weiter verbessern**. Die Hilfen zur Erziehung werden qualifiziert. Die Koalition wird prüfen, kommunale Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung bereitzustellen. Diese sollen die Angebote der freien Träger ergänzen. Die Personalbemessung in stationären Angeboten wird die Koalition evaluieren. Die Schnittstellen zwischen Psychiatrie, Hilfen zur Erziehung und Schulbereich werden qualifiziert.

Die Koalition wird **Careleaver** weiterhin unterstützen. Die Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder wird die Koalition absichern. Die Angebote für Kinder und Jugendliche mit multikomplexen Problemlagen und deren Eltern werden qualifiziert. Flexibudgets, Innovationsfonds und andere präventive Angebote wird die Koalition weiterentwickeln. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wird gesichert.

Die Koalition **stärkt die Rechte junger Menschen**. Sie wird den gesetzlich festgelegten Anspruch auf Flächen und Räume durch Standardfestsetzung konkretisieren, in den Jugendförderplänen ausweisen und in der Infrastrukturplanung, auch im Rahmen von Mehrfachnutzungen, berücksichtigen. In städtebaulichen Verträgen soll die **langfristige Sicherung sozialer Infrastruktur** berücksichtigt werden. Um soziale Infrastruktur in den Bezirken zu sichern wird die Koalition prüfen, wie Bezirke als Bauträger gestärkt werden können. Die Koalition wird gemeinsam mit den Bezirken und den Trägern der Einrichtungen ein Konzept für **Sanierung und Neubau von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen** entwickeln. Die Koalition setzt das **Spielplatzsanierungsprogramm** fort.

Gute Arbeit und Bezahlung nach Tarif in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe ist uns wichtig.

Schule

Zur Gewinnung, Aus- und Fortbildung von pädagogischem Fachpersonal werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die einen **nachhaltigen Personalaufwuchs ermöglichen**. Dazu gehört auch eine Verbeamtung von Lehrer*innen. Zum Nachteilsausgleich wird ein Lösungsmodell für diejenigen entwickelt, die nicht verbeamtet werden können oder wollen.

Um diese **Option der Verbeamtung** möglichst vielen Lehrkräften zu eröffnen, wollen wir temporär die Altersgrenze der Verbeamtung für Lehrkräfte auf 52 Jahre erhöhen und werden die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Der durch die Option der Verbeamtung einhergehende Systemwechsel wird im Sinne der Generationengerechtigkeit durch die Einrichtung eines Pensionsfonds ergänzt. Die Option der Verbeamtung wird temporär allen Lehrkräften im Berliner Schuldienst eröffnet, die die Voraussetzungen erfüllen und dauerhaft als Option im Zuge der Einstellung beibehalten. Für Funktionsstellenträger*innen wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit Verbeamtung in der bisherigen Eingruppierung erfolgen kann. Die Verbeamtungsoption für Quereinsteigende wird geprüft.

Zu den Maßnahmen zur Erhöhung des Fachpersonals gehören auch die **Verbesserung** des Übergangs ins sowie die **Ausbildungsbedingungen während des Referendariats**. Die Koalition wird die Castingverfahren evaluieren und prüfen, wie eine Gleichverteilung gut ausgebildeter Lehrkräfte besser gewährleistet werden kann.

Die Koalition wird für **Pädagog*innen mit einem Berufsabschluss aus dem Ausland**, die nur ein Fach der Berliner Schule studiert haben, den Berufseinstieg ermöglichen sowie die **Möglichkeit schaffen, sich berufsbegleitend weiter zu qualifizieren.**

Die Koalition wird die Profession der Pädagogischen Unterrichtshilfen, Grundschullehrkräfte mit Lehrbefähigung für untere Klassen nach Recht der DDR, Lehrkräfte für Fachpraxis, Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung und andere Pädagog*innen, die die Voraussetzungen für eine Höhergruppierung nicht erfüllen, weiterqualifizieren, um eine bessere Eingruppierung zu ermöglichen.

Die Koalition wird Möglichkeiten schaffen, bei der Neubesetzung von freien Schulleitungs- und anderen Funktionsstellen fachliche Qualifikationen gegenüber laufbahnrechtlichen Voraussetzungen zu stärken.

Die Koalition wird ein Konzept entwickeln, wie die Bildungserfolge durch den Einsatz von **multiprofessionellen Kollegien** verbessert werden können und wird das Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ fortführen.

Die Anleitungsstunden für Erzieher*innen erfolgen weiterhin analog zur Kita.

Die Koalition wird für alle Schüler*innen konkrete Möglichkeiten der **Beteiligung am schulischen Alltag und der Schulorganisation ausbauen** sowie zur Teilnahme ermutigen.

Allen Schulen wird ermöglicht, bis zur neunten Klasse auf Grundlage der Kultusministerkonferenz-Bildungsstandards standardisierte schriftliche Rückmeldungen zur Lern-, Leistungs- und Kompetenzentwicklung zu geben. Darüber wird regelmäßig von der Schulgemeinschaft abgestimmt.
Die Koalition wird die **Profilschulen stärken** und die Heterogenität ihrer Schüler*innenschaft ausweiten. Für solche mit dem Profil Sport, Tanz oder Artistik werden Präventions- und Gesundheitskonzepte schulgesetzlich festgeschrieben und ihre Einhaltung kontrolliert.
Unser Ziel ist es, **Berliner Schulen diskriminierungsfrei** zu gestalten. Dafür wird die Koalition das pädagogische Personal diverser aufstellen, die **Rahmenlehrpläne und Lehr- und Lernmaterialien rassismus- und kolonialkritisch überarbeiten** und Fortbildungen zu diesen Themenfeldern aus- und aufbauen. Die Koalition setzt sich ebenso für starke Diversity- und Queerkompetenzen in allen pädagogischen Berufen ein und stärkt das Themenfeld der sexuellen Vielfalt und Identität. Die Koalition wird diskriminierungskritische Konzepte an allen Schulen etablieren und die schulinternen verbindlichen Beschwerde-, Aufarbeitungs- und Fortbildungsstrukturen stärken, insbesondere verpflichtende Fort- und Weiterbildung für Schulleitungen und Schulaufsichten.

Die Stelle der/des Antidiskriminierungsbeauftragten bei der Senatsverwaltung für Bildung stärken wir und konkretisieren die Zuständigkeiten zwischen ihr und der Schulaufsicht. Die/Der Beauftragte beschäftigt sich mit der strukturellen diskriminierungskritischen Entwicklung von Schule im Land Berlin. Für den Bildungsbereich wird eine unabhängige Beschwerdestelle beim Parlament angesiedelt.

Für die **Förderung der Mehrsprachigkeit** wird die Koalition den Erstsprachlichen Unterricht um weitere Sprachen ausbauen, in der Oberschule fortführen, sowie deren Einbringung als 2. oder 3. Fremdsprache ermöglichen**.** Dabei ist zu prüfen, ob das erfolgreiche Angebot der **Staatlichen Europaschule Berlin (SESB)** um weitere Sprachen und Standorte, insbesondere in den östlichen Bezirken, ausgebaut werden kann. Im Modellversuch werden Einzugsgebiete und neue SESB-Zweige verzahnt.

Die Koalition wird **geflüchtete Kinder und Jugendliche** nach möglichst kurzer Verweildauer in Willkommensklassen in den Regelschulbetrieb integrieren.

Für Bezirksregionen mit besonders schwieriger sozialer Lage wird ein **Modellprojekt „Zukunftskieze“** ausgelobt, in das die Erfahrungen aus der Entwicklung der Campusschulen einfließen.

Zur Qualitätssteuerung werden Lernerfolge im Längsschnitt erfasst und die Messinstrumente um persönlichkeitsbildende, partizipative und demokratische Elemente der Schule sowie das Gelingen von Übergängen erweitert. Ein **zentrales Element der Qualitätssteuerung werden**

Zielvereinbarungen in Verbindung mit regelmäßigen **datenunterstützten Beratungsgesprächen** zwischen Schule und Schulaufsicht sein.

Die Strukturen der Schulaufsicht, Schulinspektion, des Instituts für Schulqualität (ISQ) sowie der Fort- und Weiterbildung werden reformiert und stärker miteinander verzahnt**.** Eine **regelmäßige interne und externe Schulevaluation** aller Schulen gehört zum professionellen Selbstverständnis von Schulen. Das ISQ wird gestärkt und ausgebaut. Ein zentraler Baustein einer neuen **Qualitätsstrategie** ist die Einrichtung eines Berliner Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung für die Beschäftigten an Berliner Schulen. Das neue Landesinstitut wird innovative Angebote unter anderem zu Themen wie digitale Bildung, inklusive Pädagogik sowie spezifische Formate für die Berufsbildung entwickeln. Die Bildungskooperation mit dem Land Brandenburg wird auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt.

Die Koalition wird das **Konzept zur sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung** weiterentwickeln zu einem System der Schultypisierung, das die strukturellen Belastungen der Schulen und deren Umfeld mehrdimensional beschreibt. Das Merkmal „nichtdeutsche Herkunftssprache“ wird nicht mehr für Einzelschulen veröffentlicht.

Die besondere Ressourcenzuweisung für diese Schulen und das Bonus-Programm werden beibehalten und weiterentwickelt. Die Berlin Challenge wird für alle Gebiete in schwieriger Lage geöffnet. Die Brennpunktzulage wird schrittweise in Entlastungsstunden für Lehrkräfte umgewandelt.

Inklusion bedeutet für die Koalition die Umsetzung einer Pädagogik, die alle Schüler*innen in ihrer Individualität wertschätzt, ihre Bedürfnisse achtet, Stärken erkennt, sie fördert und Vielfalt als Chance für erfolgreiches gemeinsames Lernen versteht. Ziel ist es, **alle Schulen des Landes Berlin**, einschließlich der Gymnasien, **zu inklusiven Schulen weiterzuentwickeln**. Dafür wird ein zeitbezogener Stufenplan für die nächsten relevanten Schritte erarbeitet. Wir fördern das Inklusive Gymnasium in einem Modellprojekt. Der Ausbau der vorgesehenen 36 Schwerpunktschulen soll in dieser Wahlperiode abgeschlossen werden. Das in § 37 Abs. 1 Schulgesetz verankerte Recht auf Besuch einer Regelschule wird die Koalition konsequent anwenden.

Die verlässliche Grundausstattung in der Grundstufe wird evaluiert, bevor sie auf die Oberschule übertragen wird. Festgestellter sonderpädagogischer Förderbedarf soll künftig auch für den Ganztag und für den Übergang aus der Grundstufe gelten.
Die Koalition entwickelt rechtskreisübergreifende Standardverfahren für die Schul- und Hilfeplanung und ein Produkt Schulbezogene Jugendhilfe.
Die Koalition bekennt sich zu multiprofessionellen Teams als Gelingensbedingung für die inklusive Schule. Für den Einsatz von Schulhelfer*innen, Betreuer*innen und Schulassistenzen sowie für die medizinische Versorgung von Schüler*innen wird die Koalition

die rechtlichen Voraussetzungen schaffen und die Beantragungsmöglichkeiten erleichtern. Die Koalition verfolgt das Ziel, die Zahl und Ausbildungskapazitäten für pädagogische Unterrichtshilfen und Schulassistenzen zu erweitern Die Koalition wird die Arbeit der Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZe) evaluieren und prüfen, die Anzahl der Schulpsycholog*innen zu erhöhen**.**

Die Koalition stärkt das **ganztägige Lernen** an Schulen mit einer **Qualitätsoffensive**. Die Standards werden mit Hilfe einer Stärkung der Serviceagentur Ganztag implementiert. Die Bundesmittel für den Ganztag stehen zur qualitativen Ganztagsentwicklung zur Verfügung. Die Verlässliche Halbtagsgrundschule (VHG) soll zu einer verlässlichen Ganztagsschule verlängert werden.

Die Koalition wird die Kostenbeteiligungsfreiheit für die ergänzende Förderung und Betreuung auf die Jahrgangsstufe 3 ausweiten (F54).

Die Koalition entwickelt ein Konzept, das Vernetzung mit außerschulischen Partner*innen im Sozialraum im Rahmen des ganztägigen Lernens stärkt und in Abstimmung mit den Bezirken Mehrfachnutzungen und Öffnungen außerhalb der schulischen Nutzungszeit ermöglicht**.** Die Koalition wird die **außerschulische Bildung** und deren Lernorte, an denen sie stattfinden stärken. Sie will die staatlichen Einrichtungen der außerschulischen Bildungsarbeit - Jugendkunstschulen, Jugendverkehrsschulen, Gartenarbeitsschulen und Musikschulen - nachhaltig sichern. Die Vermittlung kultureller Bildung ist der Schlüssel für kulturelle Integration und Teilhabe und muss deshalb gestärkt werden**.** Die Koalition unterstützt die Weiterentwicklung der Umweltbildung in Berlin und wird die grünen Lernorte weiterhin sichern. Sie setzt sich für Bildung für nachhaltige Entwicklung ein und steuert die Umsetzung des Weltaktionsprogramms der UNESCO im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Koalition **stärkt die sechsjährige, inklusive Grundschule** und wird die Begabungsförderung vor allem in den Klassen 5 und 6 ausbauen sowie ein Konzept zur Weiterentwicklung der Qualität als „Schulen für alle“ entwickeln. Unser Ziel sind bessere Lernbedingungen und höhere Lernerfolge insbesondere dort, wo die Lage schwierig ist. Dazu wird die Koalition die Funktionsstellen ausbauen.
Die Aufnahmekriterien an Grundschulen werden im Hinblick auf Geschwisterkinder- und Härtefallregelungen überarbeitet. Der Übergang an Integrierten Sekundarschulen (ISS) und Gemeinschaftsschulen (GemS) wird reformiert, um die Heterogenität an den übernachgefragten Schulen zu erhöhen. Die Gymnasien sollen künftig Verantwortung für den Bildungserfolg aller aufgenommenen Schüler*innen übernehmen. Daher werden wir das Probejahr und das Abschulen durch geeignete Maßnahmen zur Eignungsfeststellung für Kinder ohne Gymnasialempfehlung ersetzen und die Gymnasien umfassend bei der Umsetzung unterstützen.

Die Koalition wird die **Gemeinschaftsschule** durch Erarbeitung und Umsetzung eines Förderkonzepts gezielt unterstützen und **als eigenständige Schulart qualitativ und quantitativ weiterentwickeln**. Es wird eine wissenschaftliche Begleitung der GemS als Längsschnittstudie (1-13) durchgeführt. Wir werden den Bau neuer GemS sowie Fusionen von Grund- und Oberschulen mit klaren Qualitätskriterien und Mindeststandards vorantreiben. Dazu sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen derart angepasst werden, dass dem Land die prozesssteuernde Rolle bei der Einrichtung ermöglicht wird. Die Koalition entwickelt ein Startprogramm, mit dem für den Zeitraum der Schulumwandlung zusätzliche finanzielle Mittel, und eine enge Prozessbegleitung als Unterstützung und Anreiz zur Umwandlung bereitgestellt werden.

In Bezug auf **Schulen in freier Trägerschaft** wird die Koalition eine schulgesetzliche Änderung vornehmen. Die Koalition prüft, ob und wie diejenigen freien Schulen, die bestimmte Kriterien wie zum Beispiel Grad der sozialen Durchmischung bzw. Inklusion, faire Arbeitsbedingungen sowie gemeinsames Verständnis von Qualitätssteuerung erfüllen, zusätzlich gefördert werden können.

Die Koalition ermöglicht allen allgemeinbildenden Schulen, dass sie entweder mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder einer Verbundoberstufe mit weiterführenden allgemein- und berufsbildenden Schulen zu allen Abschlüssen führen**.**

Die Abschlüsse und Übergangskriterien an der Schnittstelle zur gymnasialen Oberstufe und die Prüfung zum Mittleren **Schulabschluss** (MSA) werden evaluiert und gegebenenfalls verändert. Bei den MSA-Prüfungen wird der Asynchronität der Schularten Rechnung getragen.

Die Koalition wird die **Berliner Schulbauoffensive** fortführen. Holzbau soll dabei verstärkt zum Einsatz.
Die Koalition strebt eine **Beschleunigung der Schulbauoffensive** bei den Großsanierungen an**.** Um das Ziel eines ausgewogenen Schulnetzes zu erreichen, wird eine gesamtstädtische Planung für weiterführende Schulen erstellt. Zusätzliche Bau- sowie Finanzierungskapazitäten werden geprüft.
Eine überbezirkliche Dringlichkeitsliste und Ausweichkonzepte werden erarbeitet. Das **Mensenprogramm** wird verstärkt fortgeführt. Die Ressourcen, wie die der drei Regionalverbünde sowie der Gemeinsamen Geschäftsstelle, werden in eine gemeinsame Landesstruktur überführt und die Task Force in ihrer Entscheidungsbefugnis gestärkt. Baukolloquien arbeiten regelhaft und die Geschäftsprozesse werden optimiert. Hohe Priorität hat die Entwicklung einer datenbankgestützten Bedarfsplanung und eines Controllings.

Die Koalition treibt die **Schuldigitalisierung** prioritär voran. Die Schulbau-Steuerungsgremien und bauliche Digitalisierung werden zusammengeführt. Für den WLAN-Betrieb und das verfahrensunabhängige IKT wird das IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) strukturell ertüchtigt.
Die Positivliste von digitalen Anwendungen sowie die **digitale Lehr- und Lernmittelverordnung** werden erarbeitet und die Schuldatenverordnung aktualisiert. Die Weiterentwicklung der Berliner Lehrkräfte-Unterrichts-Schul-Datenbank (LUSD) und der Anschluss der Schulen werden vorangetrieben.
Die Koalition entwickelt ein sozialverträgliches, technisch standardisiertes **„Endgerät-als-Service"-Modell für Schüler*innen**. Es werden nachhaltige und datenschutzkonforme Endgeräte, vorrangig „Convertibles" sogenannte Hybrid-PCs, beschafft. Die Endgeräte der Pädagog*innen werden administrativ wie edukativ nutzbar gemacht.
Der **Beirat Digitalisierung** und der **Runde Tisch Medienbildung** werden zusammengefasst und beteiligungsorientiert weiterentwickelt. Die Koalition wird **ein landesweites Medienkompetenzzentrum als Netzwerkstelle** einrichten. Der Lernraum Berlin wird konzeptionell weiterentwickelt.

Die Koalition wird die **Berufsbildung in den Oberstufenzentren** (OSZ) und **beruflichen Schulen** im Sinne der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung stärken und duale Ausbildungs-, Qualifikations- und Studienangebote sowie Übergänge in berufliche Bildungsgänge fördern. Der aktuelle Stand der technischen Ausstattung wird durch ein Konzept der Ersatzbeschaffung aufrechterhalten. Um den strukturellen Herausforderungen der Zukunft in der beruflichen Bildung begegnen zu können, wird ein **Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen** erstellt. Die Schulaufsicht über die privaten beruflichen Schulen wird gewährleistet. Willkommensklassen sind als Regel-Bildungsgang zu etablieren.

Die Koalition fördert die Verzahnung von beruflicher und allgemeiner Bildung und unterstützt entsprechende Modellvorhaben insbesondere in den Sekundarstufen I & II sowie die weitere Verbreitung von Verbundoberstufen mit OSZ.
Die Zuständigkeit für Berufsorientierung und den Übergang Schule-Beruf muss zukünftig in der Senatsbildungsverwaltung liegen, um Sollbruchstellen zu vermeiden.

Die Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen, auch an Gymnasien und OSZs wird gestärkt, unter anderem durch den Ausbau des Produktiven Lernens. Die Koalition entwickelt ein Konzept zur Stärkung des Wirtschaft-Arbeit-Technik-Unterrichts. Die Berufs- und Studienorientierung-Teams und -Tandems an den Schulen werden weiterentwickelt. Die Jugendberufsagentur wird gestärkt.

Auf dem Weg zur **Ausbildungsplatzgarantie** verpflichtet sich die Koalition, jedem Jugendlichen, der keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, nach Ende des 10.

Pflichtschuljahres für mindestens ein Jahr ein garantiertes Angebot der Berufsausbildungsvorbereitung zu machen. Grundlage ist die „Verordnung zur Einführung der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung“ aus dem Jahr 2019.

Bei der Umsetzung der Ausbildungsplatzgarantie hat dabei immer die betriebliche, duale Ausbildung Priorität. Dort wo ein ausreichendes **duales Ausbildungsplatzangebot** in der Wirtschaft nicht vorhanden ist, werden subsidiäre Angebote eröffnet. Hierbei sollen die Berufsfachschulen als Ergänzung zu den dualen Ausbildungsgängen qualitativ verbessert und angebots- und arbeitsmarktorientiert an den beruflichen Schulen aufgestellt werden.
Die Koalition sichert den Bedarf an qualifizierten Fachkräften in der mittleren Führungsebene in Betrieben durch die Weiterentwicklung der Fachschulen sowie das Duale Studium an beruflichen Schulen.

In dieser Wahlperiode wollen wir durch eine abgestimmte Strategie die Institutionen und Angebote der **Erwachsenenbildung** stärken. Institutionen des zweiten Bildungsweges, die eine Vielzahl von nachträglichen Schulabschlüssen ermöglichen, gehören selbstverständlich dazu. Die Koalition unterstützt die **Digitalisierungsstrategie der Berliner Volkshochschulen** (''Erweiterte Lernwelten''), um den Wandel zu einer nachhaltigen und digital erweiterten Bildungskultur zu ermöglichen. Die Koalition entwickelt die aktuellen Konzepte für Dritte Orte in Bereichen des Lebenslangen Lernens weiter. Wir stärken die **Landeszentrale für politische Bildung** als wichtigen Akteur der Demokratiebildung in Berlin. Die Koalition will die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Volkshochschulen weiter verbessern. Sie setzt den Dialog mit den entsprechenden Akteur*innen dazu fort.